

Gerechtigkeit - Das Thema wird besonders vor Wahlen bemüht. Von allen Parteien, mehr oder weniger. Ist die Geschichte gerecht?



Rotary - Club, wes Geistes Kind? "UNPOLITISCHE" machen Politik

Der Rotary- Club Chemnitz hat zu den "Großen Chemnitzern" an die am Roten Turm mit einer Ehrentafel erinnert wird, den einstigen Auto Union Vorstand Carl Hahn (1894-1961) hinzugefügt. UNPOLITISCH? - Um Denkmäler und Ehrungen entbrennen politische Auseinandersetzungen, so auch hier. - In den Geschichtsbüchern steht immer auch Politik; welche Akten in Archiven verstauben, welche von Behörden gepflegt und verwaltet werden, ist eine politische Entscheidung.

Der VVN-BdA Stadtverband und die Ratsfraktion der Linken haben darum gebeten, die Ehrung für Hahn abzusagen. Der Grund: Das in die Kriegsrüstung der Nazis involvierte Unternehmen beutete Fremd- und Zwangsarbeiter sowie KZ-Häftlinge in fünfstelliger Zahl aus. Mehrere Tausend fanden in dieser Zeit den Tod. Rotary-Chef Michael Wagner entgegnete in seiner Begrüßungsrede: Es gebe keinen Grund, diesen nicht zu ehren. (Die Herrn vom Club hatten indes schon ihre Oldtimer gepulzt, um zur Feier am Roten Turm vorzufahren.)

Hahn, so Wagner, habe durch sein unternehmerisches Wirken viele Arbeitsplätze in Chemnitz gesichert und zuvor das DKW-Werk in Zschopau zum damals größten Motorrad-Hersteller der Welt gemacht. So einfach ist das Erinnern heute? Eine Schande für die Stadt, erklären Chemnitzler Antifaschisten. Unter Verweis auf Hahns Verdienste beim Aufbau der sächsischen Automobilindustrie werde seine Rolle in der Zeit des Dritten Reichs bewusst ausgeblendet, ignoriert oder als unbedeutend verharmlost.

Streit um ein dunkles Kapitel neu entfacht

Umstrittene Würdigung: Das sagt Ehrenbürger Hahn dazu

Der 78-Jährige hat sich zu Recht an einer Ehrung seines Vaters geübt. Die Lärche fordert darauf ein Eingreifen der Stadt.

Die angelaubten Ordener des Ehrenbürgers, die er auch am 2. Juni annehmen wird, sind ihm ein Geschenk. Der Grund für die Ehrung ist die Gründung der Stadt Chemnitz im Jahr 1990. Hahn ist ein Ehrenbürger der Stadt Chemnitz. Er wurde am 2. Juni 1990 zum Ehrenbürger ernannt. Hahn ist ein Ehrenbürger der Stadt Chemnitz. Er wurde am 2. Juni 1990 zum Ehrenbürger ernannt.

Hahn-Ehrung: Stadt räumt Fehler ein

Für und Wider zur Ehrung von Carl Hahn

Das Rathaus nicht aus der Biografie der einstigen befasst, so werden.

Zur Ehrung von Carl Hahn sind der ehemalige Vorstand des Roten Turms, durch den Rotary Club, die im umstrittenen, weil die Auto Union während der NS-Zeit Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge beschäftigte.

Hahn-Ehrung: OB fragt Uni um Rat

Ludwig will Vita des Auto-Union-Managers wissenschaftlich untersuchen lassen

Nach der umstrittenen Ehrung für den Mitbegründer der Auto-Union, Carl Hahn senior, durch den Rotary Club hat Oberbürgermeisterin Barbara Ludwig auf die Technische Universität zugehen. Sie erhofft sich ein Format zu finden, mit dem man die Vita und die Person Hahns wissenschaftlich untersuchen und bewerten könne, sagte Ludwig gestern.

WIDER DAS VERGESSEN, AUCH BEI EHRUNGEN!

Rotary- Präsident Michael Wagner:
"keinen Grund, Carl Hahn
nicht zu ehren".

Das kann ich nicht glauben

Stefan Heym nicht zuzumuten

Keine Rechtfertigung

Für die faschistischen Verbrechen kann es keine Rechtfertigung geben. Das betrifft in erster Linie die, die daran mittelbar und unmittelbar beteiligt waren. Und dies trifft unstrittig auf Carl Hahn senior zu. Erschreckend, wenn der Sohn über seinen Vater sagt, er habe im Krieg seine Pflicht erfüllt. Es kann keinerlei Relativierung der faschistischen Verbrechen geben, dessen müssen sich auch die politischen Verantwortlichen in Chemnitz bewusst sein. Die Verlegung der Plakette ist ein Affront gegenüber den Holocaust-Überlebenden und allen, die aktiv gegen den Menschen mordenden Faschismus gekämpft haben. Die schändliche Erinnerung ist umgehend zu entfernen.

Raimon Brete, Schlosschemnitz

Die Ehrung für Carl Hahn abzusa-gen, hätte ich für richtig empfunden. Warum? Auch mein Vater wurde Anfang 1944, obwohl er Landwirt war, verpflichtet, in der Auto-Union zu arbeiten. Das ging nicht lange gut. Mein Vater sah, wie die Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge hungerten und erschöpft waren. Dazu gab es Drangsalierungen und un gerechtfertigte Strafen. Ihm ging das Leid zu Herzen und er begann, diesen Menschen zu helfen, indem er sie mit Lebensmitteln von seinem Hof versorgte. Natürlich konnte dies nur im Geheimen getan werden. Dennoch wurde er denunziert und landete auf dem Kaßberg bei der Gestapo. Er wurde mehrere Tage verhört und geschlagen. Letztendlich analysierte die Gestapo, dass er wohl doch aus Mitmenschlichkeit gehandelt hat. Hahns heute 91-jähriger Sohn meint, die Auto-Union habe sich gegenüber Fremdarbeitern besser verhalten als andere Unternehmen und KZ-Häftlinge sogar medizinisch betreut. Das kann ich nicht glauben.

Dietmar Uhle, Yorckgebiet

Für mich ist es ein Schlag ins Gesicht, dass eine Denk-Mal-Platte für Carl Hahn als „Großer Chemnitzer“ verlegt wurde. Er hat nicht nur Autos gebaut und war Arbeitgeber für Chemnitzer. Er hat in seinen Betrieben für die Rüstung Tausende KZ-Häftlinge, Kriegsgefangene, Fremdarbeiter unter furchtbaren Bedingungen beschäftigt. Ich begleite jedes Jahr die Verlegung von Stolpersteinen. Auch dieses Jahr hat diese unter internationaler Anteilnahme stattgefunden, ich selbst habe einen Stolperstein gesponsert. Sie werden für Menschen verlegt, die während des Faschismus auch durch eben solche Arbeitgeber wie Carl Hahn wegen unmenschlicher Arbeit zu Tode kamen. Ich meine, die Zeit ist dazu angetan, mit der Geschichte ehrlicher umzugehen und es einem wirklich „Großen Chemnitzer“, wie Stephan Heym, nicht zuzumuten, dass neben seiner Denk-Mal-Platte die von einem Carl Hahn liegt.

Johanna Güther, Chemnitz

Unpolitische Erinnerung?

Sicht auf Gestern bestimmt auch Heute und Morgen

Die Erinnerungs- und Gedenkpolitik ist hierzulande in Schiefelage. Politik, Polizei, Justiz und Medien haben 2008 bereitwillig die Forderung des damaligen TU- Professor Jesse und des damaligen Sachsen CDU- Fraktionschef Flath aufgenommen: NICHT ANTIFASCHISTISCH zu sein.

Gerechtigkeit in Bedrängnis

Furor machen solche Veranstaltungen von offiziellen Politstiftungen wie sie im Frühjahr unter dem süffisanten Motto: "Wer Nazi war, bestimmen wir" durchgeführt wurde.

Gemeint waren mit WIR die Antifaschisten, die nach der Befreiung vom Faschismus 1945 gemeinsam mit zum demokratischen Neuanfang bereiten Frauen und Männer Verantwortung übernommen haben. Darunter z.B. Justin Sonder, der 1945 gerade aus den KZ Auschwitz und Floßenbürg heimgekommen war. 2017, kurz vor der Frühjahrs- Veranstaltung im Staatsarchiv erhielt er von der Stadt die Ehrenbürger Würde. Eine Laudatio hielt dabei die Oberbürgermeisterin seiner Heimatstadt, Barbara Ludwig. Die Frau, die auch bei der Veranstaltung "Wer Nazi war, bestimmen wir" ein Grußwort hielt. Die Bitte, darin die Frage zu stellen: Ja, wer denn das sonst hätte bestimmen dürfen? Hatten Justin Sonder und Genossen kein Berechtigung dazu? - erfüllte sie nicht.

Im Freiraum die "Pflicht- Erfüller"

Vielleicht all die, die Größen dar gerade vergangener Zeit, die ihr Heil im Westen gesucht und gefunden hatten? - Es ist wohl nicht schicklich danach zu fragen, in heutiger Zeit. Und es bleibt Freiraum für die, die in der Zeit des Faschismus "nur ihre Pflicht erfüllt und Arbeitsplätze geschaffen haben".

Die De- Legitimierung der Erinnerungspolitik der DDR bleibt zu oft spektakuläre Hauptrichtung.

Ist die Geschichte gerecht?

Stefan Zweig, der österreichische Schriftsteller (1881 -1942) mahnte

"... Unsere Pflicht ist immer, nicht die Macht an sich zu bewundern, sondern nur jene seltenen Menschen, die sie redlich und gerechterweise gewonnen.
... Von der Heldentat eines Schiffes bleibt der Name des Kapitäns, und ins Dunkle sinken jene, die an seiner Seite gestorben und vielleicht mehr als er die wahre Leistung gefördert und getan. Auf die Monarchen wird der Fleiß und der Heroismus ihrer Untertanen gehäuft, immer nimmt die Geschichte aus der Notwendigkeit der Verkürzung auf wenige Namen und Gestalten Unzähligen ihre Tat und schiebt sie dem Stärkeren zu, denn: Wer nicht hat, dem wird genommen, was er hatte. Darum tut es Not, Geschichte nicht gläubig zu lesen, sondern neugierig mißtrauisch, denn sie dient, die scheinbar unbestechliche, doch der tiefen Neigung der Menschheit zur Legende, zum Mythos — sie heroisiert bewußt oder unbewußt einige wenige Helden zur Vollkommenheit und läßt die Helden des Alltags, die heroischen Naturen des zweiten und dritten Ranges ins Dunkel fallen. Legende aber ist immer, gerade durch das Verführerische, durch den Abglanz der Vollkommenheit, der gefährlichste Feind der Wahrheit, und darum ist es unsere Pflicht, sie ständig zu überprüfen und die eigentliche Leistung auf ihr historisches Maß zurückzuführen.



Wie und von wem wird heute Geschichte vermittelt?



ne Hantke, die vor zwei Jahren erschienen ist. Sie hat den Text vom ideologischen Ballast befreit.

teratur neu verfilmt wird. Nach der politischen Wende waren die Werke von Bruno Apitz, die in den 1950er Jahren in der DDR als Lehrstoff verwendet wurden, von ideologischen Ballast befreit. Die Neuausgabe des Anstoß

Motto auch bei MDR-Info Ankündigung:

Der neue Film „Nackt unter Wölfen“ sollte auch eine genauere historische Interpretation liefern als der alte DEFA schwarz/weiß Film, bzw. auch das Buch von Bruno Apitz. Es gehörte ja in der DDR zum Lehrstoff. ...Der neue Film sollte aufräumen damit... Der alte Apitz- Film nur noch mit historischer Begleitung gezeigt werden.

Bruno Apitz schrieb mit "Nackt unter Wölfen" kein Bericht, kein pures Dokument, das war ein zu Literatur gegossenes Hohelied auf Menschlichkeit und Widerstandskraft, gekleidet in eine anrührende, märchenhafte Geschichte. (C.Berger in einer Rezension zu Lars Förster: Bruno Apitz. Eine politische Biografie.)

Wie groß angekündigt, wurde nun Bruno Apitz "Nackt unter Wölfen" im Auftrag des MDR neu verfilmt, "vom ideologisch Ballast befreit". Wie es hieß.

Motto auch bei MDR-Info: Immer feste drauf!

Im Anschluss an die MDR- Neuverfilmung von Bruno Apitz „Nackt unter Wölfen“ lief die „MDR-Reportage“, die sich „Buchenwald – Heldenmythos und Lagerwirklichkeit“ nannte. Die Texter der „Reportage“ hatten den Ehrgeiz immer wieder die „Handlangerdienste der „Roten Kapos als Handlanger der SS“ zu enthüllen. So standen über weite Strecken weniger die Verbrechen der Nazis im Mittelpunkt der Anklage, als die Vergehen, Fehlleistungen und Machenschaften der „Roten“.

Der neue Film „Nackt unter Wölfen“ sollte auch eine genauere historische Interpretation liefern als der alte DEFA schwarz/weiß Film, bzw. auch das Buch von Bruno Apitz. Es gehörte ja in der DDR zum Lehrstoff. Und in der überlieferten Botschaft gehörte ja auch , die Kommunisten im Lager waren so was wie Helden, die sich dem SS-Terror widersetzt hätten. Der neue Film sollte aufräumen damit... Der alte Apitz- Film nur noch mit historischer Begleitung gezeigt werden.

Bruno Apitz über seine Reise in ein »tausendjähriges Reich«

Schriftsteller aus der DDR mußten in der BRD mit polizeilicher Verfolgung rechnen - sofern von ihnen bekannt war, daß sie sich zur Deutschen Demokratischen Republik bekannten.

Der Autor des weltweit in Millionenaufgaben erschienenen Romans »Nackt unter Wölfen«, **Bruno Apitz**, damals über eine Reise nach Dortmund: »Das Bonner Grundgesetz garantiert Presse-, Meinungs- und Redefreiheit. Inwieweit diese Garantien auch für die Bürger der DDR Anwendung finden, wurde mir am Abend des 31. Oktober

1962 in Dortmund klargemacht, als ich auf Einladung der Deutschen Jugendgemeinschaft im Lokal Afrikaner aus meinem Buch »Nackt unter Wölfen« lesen sollte.

Ich wollte also weder eine freie Rede halten noch meine Meinung kundtun, sondern eben nur lesen. Dazu kam es nicht. Stattdessen hatte ich Gelegenheit, Meinungen und »freie« Reden Dortmunder Bürger einerseits und der Vertreter der Bonner Staatsraison andererseits in Gestalt von einem halben Dutzend Kriminalbeamter und eben so vieler uniformierter Polizisten kennen zu lernen. Es war sehr aufschlussreich für mich und zeigte mir, daß die Bundesrepublik tausend Jahre entfernt von der DDR liegt, das heißt, ich sah und hörte, daß, die Bundesrepublik ein »tausendjähriges Reich« ist. (...)

Waren mir die Anwesenden in ihrer Gesamtheit bisher anonym gewesen, so löste sich für mich jetzt die Menge in Einzelpersonlichkeiten auf. Was da gegen die sich einzwängenden Kriminalbeamten rief, gestikuliert und protestierte - junge Menschen, Frauen, ältere Männer, gut Angezogene, weniger gut Angezogene, Arbeitergesichter, Intelligenzgesichter, Hausfrauengesichter, Studenten, Schüler - das waren Dortmunder Bürger aus allen Kreisen, die hier zusammengekommen waren und einen Schriftsteller aus der DDR lesen hören wollten (...) Hier, in diesem Lokal stießen die Gegensätze der »freien Welt« auf engem Raum hart aneinander.

Nur mit Mühe erkämpften sich die Kriminalbeamten den Weg zum Tisch, an dem ich saß, immer wieder wurden sie abgedrängt. Endlich standen zwei Beamte vor mir und forderten mich auf: »Kommen Sie mit hinaus!« (...)

Drei Kriminalbeamte brachten mich in dieser Nacht an die Grenze. Ich kehrte aus der westdeutschen Vergangenheit in meine sozialistische Gegenwart zurück.

Aus BEFEHDET SEIT DEM ERSTEN TAG

Die Geige, auf der Bruno Apitz in Buchenwald gespielt hat, ist wieder aufgetaucht und wird bei einem Gesprächstermin in Erfurt wieder erklingen.—Das vermeideten kürzlich die Medien.—Vor nicht allzu langer Zeit stand auch noch das Kainsmal „Stasi“ vorn an.



Verkürzte Biografien

Die zu DDR-Zeit eingerichtete KZ-Gedenkstätte Sachsenburg wurde gleich nach der "Wende" von Neonazis geschändet. Im Ort lange unbeachtet. Ehemalige Häftlinge, erhoben 1992 ihre Stimme, verlangten die Schändung nicht hinzunehmen. Die Erinnerungsarbeit fortzusetzen und aller im KZ Gefangenen zu gedenken. Unter ihnen die Widerstandskämpfer Apitz, Janka, Mückenberger ... und der **junge Heinz Gronau**.

Heinz Gronau (1912 - 1977) war ein deutscher kommunistischer Widerstandskämpfer gegen den Faschismus, Häftling in Sachsenburg, dann im KZ Buchenwald, Mitglied der illegalen deutschen Sektion der Internationalen Militärorganisation Buchenwald (IMO) und in der DDR Generalmajor im Wachregiment Feliks Dzierzynski.

Im Jahr 2006 veranstaltete die Sächsische Gedenkstättenstiftung in

Frankenberg eine Ausstellung "Was dann losging war ungeheuerlich". Für die natürlich "völlig unabhängigen" Ausstellungsmacher von der Sächsischen Gedenkstättenstiftung war weniger wichtig warum die Nazis z.B. den jungen Antifaschisten Gronau dort gefangen hielten. Wichtiger war, dass der spätere General Heinz Gronau in der DDR das Wachregiment in Berlin- Adlershof bis zu seinem Tode führte. Und sie stellten ihn "ganz objektiv" auf die Stufe mit den KZ- Kommandanten. Also alles relativ bei dem verordneten Antifaschismus – sollten wohl die die Ausstellung besuchenden Schüler denken. Antifaschisten in der DDR waren keine richtigen.

Gerechtigkeit - wenigstens im Kleingedruckten der SPD- Wahlplakate

Lebensleistung soll honoriert werden. Zumeist geht es da um gerechte Sozialleistungen. Doch Lebensleistungen spiegeln sich auch in Biografien der Frauen und Männer. - Wer bewertet, wer gewichtet, wer würdigt sie? Besonders viele Ostdeutsche, und davon besonders Funktionsträger in der DDR - Geschichte werden unter die Lupe genommen. Mal hebt sich, mal senkt sich der Daumen der Richter und Rächer. Beispiel der letzten Tage

Zu den Erwartungen des ehemaligen "Bürgerrechtlers" Sello

Das Berliner Abgeordnetenhaus wird, wie die Zeitung »neues deutschland« vermeldete, den »DDR-Bürgerrechtler Tom Sello zum Landesbeauftragten für die Aufarbeitung der SED-Diktatur« berufen. »Ein DDR-Bürgerrechtler mit Lebensthema Friedliche Revolution«

Der Herr Sello, der dann in das Amt »mit dem deutlich erweiterten Tätigkeitsbereich« avanciert, erklärte sogleich: **"Ich erwarte von allen Parteien einen respektvollen Umgang mit den Opfern der SED-Diktatur. Heute und in Zukunft"** -



Und wie weiter?

Recht wäre so auch wenn der Herr dafür sorgen würde, dass nun auch respektvoll mit denen umgegangen wird, die getreu der Verfassung der DDR gelebt und gearbeitet haben? Das wären die "läppischen 95 Prozent der DDR-Bürger", wenn man dem letzten Ministerpräsident der DDR, Lothar de Maiziere (CDU) folgt, der feststellte: „Es gab in der DDR vielleicht zwei Prozent Opfer und vielleicht drei Prozent Täter“.

Respektvoller Umgang mit den 95 Prozent? Der Jurist Prof. Dr. Friedrich Wolf:



Die neue Rechtssicherheit zeigte sich mir von einer unerwarteten Seite. Im Januar 1992 rief mich Vogel an. Nach der Mitteilung, daß gegen ihn 18 Ermittlungsverfahren liefen, sagte er auch, daß der Spiegel gegen mich sowie gegen einen mir bekannten Anwalt recherchierte. Derartige Vorwürfe waren an der Tagesordnung. Je bekannter eine Persönlichkeit aus der DDR war, desto mehr war sie dem Stasivorwurf ausgesetzt. Andere Vorwürfe gab es nicht, Mißbrauch von Kindern wurde nicht vermutet. Auch die Vorwürfe des Amtsmissbrauchs und der Untreue waren verschwunden.

Stasiverdacht wurde gegen Lothar de Maiziere, Gregor Gysi, Manfred Stolpe und das Bundestagsmitglied **Gerhard Riege** geäußert, der sich deswegen das Leben nahm. In seinem Abschiedsbrief schrieb er: **»Mir fehlt die Kraft zum Kämpfen und zürn Leben. Sie ist mir mit der neuen Freiheit genommen worden, ich habe Angst vor der Öffentlichkeit, v/ie sie von den Medien geschaffen wird und gegen die ich mich nicht wehren kann. Ich habe Angst vor dem Haß, der mir im Bundestag entgegenschlägt, aus Mündern und Augen und Haltung von Leuten, die vielleicht nicht einmal ahnen, wie unmoralisch und erbarmungslos das System ist, dem sie sich verschrieben haben. Sie werden den Sieg über uns voll auskosten. Nur die vollständige Hinrichtung ihres Gegners gestattet es ihnen, die Geschichte umzuschreiben und von allen braunen und schwarzen Recken zu reinigen.«**

Die eingeleiteten Strafverfahren forderten gleichfalls Todesopfer. Der ehemalige Vorsitzende einer großen Strafkammer in der DDR, Otto Fuchs, der wegen seiner Mitwirkung an den Waldheim-Prozessen - 1950 wurden in Waldheim über 3300 Angeklagte wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit während der NS-Zeit verurteilt - der Rechtsbeugung beschuldigt wurde, nahm sich zusammen mit seiner Frau am 13. Februar 1992 durch Sturz aus dem Fenster das Leben. In einem Abschiedsbrief schrieb er seinem Verteidiger:

»Ich versichere Ihnen, daß wir in meiner Strafkammer nur Kriegsverbrecher verurteilt haben, und bin mir sicher, daß wir uns über kein Urteil schämen müssen. Alle Zeichen deuten aber darauf hin, alles ins Gegenteil zu verkehren und in einem Schauprozeß mich zum Verbrecher zu stempeln, ich glaubte, auch diesen Vorwürfen widerstehen und sie entkräften zu können. Leider habe ich feststellen müssen, daß ich sowohl körperlich als auch geistig diesen Anforderungen nicht mehr gewachsen bin. Ich muß auch die gesamte Situation berücksichtigen, wie sie sich in der Presse widerspiegelt, in der eine Vorverurteilung schon programmiert ist. Heute, nach einer langen Periode der Naziverbrechen, fühlen sich doch alle - und sind sie auch noch so schwer belastet - als völlig unschuldige Menschen. Die Verdrängung ging und geht ja so weit, daß Auschwitz als Lüge hingestellt wird. Wie einfach ist da eine individuelle Schuld zu leugnen. Zumal jetzt die Tendenz überall bemerkbar wird, alles nachzuholen, was man 1945 hätte aufarbeiten müssen. Unter solchen Bedingungen und der Vermutung, daß die Richter aus den alten Bundesländern kommen, wo die Nichtverfolgung von Naziverbrechen übliche Praxis war, ist für unsere Beurteilung solcher Verbrechen wenig Verständnis zu erwarten. Sie sind vermutlich auch junge Menschen, die den faschistischen Krieg mit seinen scheußlichen Verbrechen sich kaum vorstellen können. Nach gründlichen Überlegungen sind wir beide, meine Frau und ich, uns einig geworden, über uns selbst zu entscheiden. Wir haben gemeinsam unser bisheriges Leben gestaltet und wollen es auch weiter tun. Fuchs«

Ziel und Mittel der Schmähungen

Die DDR war vor mehr als zwei Jahren untergegangen, aber die Verdammung des »Unrechtsstaats« nahm eher zu als ab, die Politiker, die Medien beschimpften ihn, als wäre er noch lebendig. Besonders die »Stasi« war (und ist bis heute) Ziel und Mittel der Schmähungen. Ständig wurde und wird die DDR mit Nazi-Deutschland verglichen. Spitze blieb bisher die Gleichsetzung von Bautzen und Auschwitz durch den **damaligen Justizminister Kinkel**. In Auschwitz wurden - so berichtet die Onlineenzyklopädie Wikipedia 1,1 Millionen Menschen umgebracht. In dem »Stasiknast« Bautzen sind weder nach Wikipedia noch nach der Stiftung Sächsische Gedenkstätten Häftlinge ermordet worden. Aber alles gleich. Bemerkenswert erscheint mir in diesem Zusammenhang, daß die Institutionen des untergegangenen »Dritten Reichs« durchweg korrekt, also nie mit allgemein gebräuchlichen diffamierenden Abkürzungen bezeichnet wurden. »Nazi« kam nicht vor, Gestapo blieb Gestapo, Nationalsozialismus hieß weiter so und galt manchem als Beweis für die Verderblichkeit des Sozialismus.

Nichts war zu primitiv

Nichts war zu primitiv. Unglaubliche Lügen waren und sind an der Tagesordnung. Musterbeispiel: das »Stasi«-Gefängnis Hohenschönhausen. Keine einzige Verurteilung wegen Folter, nicht einmal eine Anklage, aber ganzen Schulklassen wird Hohenschönhausen auf Staatskosten als Beweis für Folter präsentiert, und es wird geglaubt. Fast jeder, der in der DDR gelebt hatte, stand - oder steht noch immer - unter • Stasiverdacht. Ein bekannter Liedermacher aus der DDR, Reinhard Lakomy, sang: »Alles tutti, alles frutti, alles Stasi außer Mutti«. Von der Anwaltskammer war zu erfahren, daß 150 »Diplomjuristen« - so die Bezeichnung für die DDR-Juristen, die ihr Studium mit einem Diplom abgeschlossen hatten - auf Tätigkeit für das MfS überprüft werden sollten. Ein spezielles Gesetz wurde zu diesem Zweck am 24. Juli 1992 erlassen, das Gesetz zur Prüfung von Rechtsanwaltszulassungen, Notarbestellungen und Berufungen ehrenamtlicher Richter.

**Friedrich Wolff: Ein Leben - Vier Mal Deutschland, PapyRossa-Verlag Köln, Tageszeitung junge Welt 19. 2. 2013

**Gerechtigkeit für Ostdeutschland
- was heißt das? Neues Denken
ist nötig! Bürgerinnen und
Bürgern eine
Fortschrittsperspektive bieten!**

Susanna Karawanskij, die Ostbeauftragte der Bundestagsfraktion der LINKEN, hat dazu in der "Serie zur Wahl" des nd am 12. Sept. einen bemerkenswerten Aufsatz veröffentlicht. Wir zitieren daraus.



Man muss zunächst festhalten, dass Ostdeutschland ein besonderer Teil der größer gewordenen Bundesrepublik geblieben ist. Das hat viel damit zu tun, dass das Aufgehen der DDR in der nach bürgerlichen Maßstäben gut funktionierenden BRD mit einem für die bürgerliche Gesellschaft notwendigen De-Legitimationsprozess des Sozialismus einhergegangen ist, der im Prinzip anhält.

Dessen Ergebnisse sind höchst widersprüchlich und lassen sich kaum mit Formulierungen überbrücken, wonach das DDR-System »falsch« gewesen sei, ihre Bürgerinnen und Bürger hingegen »richtig«, nämlich mit Eigensinn, gehandelt hätten. Die Heuchelei ist hierbei nicht weniger prägnant als bei dem schlichten Mantra aus »SED-Diktatur«, »Stasi-Staat« und »Unrechtsregime«, mit dem sich einfache Gemüter eine Auseinandersetzung mit den Leistungen und Defiziten der DDR aus propagandistischen Gründen ersparen. ...

Es spricht einiges dafür, dass die viel beschworene differenzierte Aufarbeitung der DDR noch ganz am Anfang steht. Von heute aus gesehen, wäre zum Beispiel einmal zu überlegen, ob nicht das Leitmotiv »Plane mit - arbeite mit - regiere mit!« und der Gegensatz »Privat geht vor Katastrophe« für Alltag und Gesellschaft der DDR zusammenzudenken wären.

Das Gleiche gilt natürlich für erinnerungswürdige und damit auch wieder zu erkämpfende soziale Errungenschaften sowie für einmal erreichte Wissensstandards. Vernünftige Steuerungsmittel der Allgemeinheit waren bereits gefunden; sie aufzugeben, kann kein Fortschritt sein.

Und nicht zu vergessen ist die Tatsache, dass sich die Darstellungen über die DDR in

öffentlicher Meinung, Massenmedien und Publizistik deutlich von den erlebten Verhältnissen in diesem Land unterscheiden, so dass immer erst von vornherein 20 bis 30 Prozent Antikommunismus aus den meisten Filmen, Fernsehwerken, Romanen, Berichten und wissenschaftlichen Abhandlungen abgezogen werden müssen, um realitätsnähere Bilder freizulegen - eine ideologiekritische Arbeit, die bei nicht mehr vorhandener Ausbildung und der Massivität der heutigen Ideologieproduktion schlicht aussichtslos erscheint....

Es ist in den letzten Jahrzehnten leider immer nur punktuell versucht worden, den Osten in seiner ganzen Eigenart als Ergebnis einer spezifischen Entwicklung wahrzunehmen. Aus Sicht der Alt- und Gesamt-Bundesrepublik war das auch nicht nötig, denn wer sich selbst als »Vernunftabschluss« der deutschen Geschichte betrachtet, ohne den Beitrag der DDR zur eigenen Konstituierung durch Abgrenzung von ihr auch nur zu erwähnen, der braucht nicht über den Tellerrand zu schauen.

Die Unzahl von Publikationen zur »DDR-Forschung« setzte und setzt in der Regel ihre Vorannahmen mit den Forschungsergebnissen in eins und kommt dann natürlich nur zu Erkenntnissen, die das Selbstverständnis der bundesdeutschen Grundordnung nicht in Frage stellen, dabei aber auch nicht sehen können oder wollen, wie sehr die »soziale Marktwirtschaft« auch als Reaktion auf die DDR-Variante des Sozialismus entwickelt wurde.



Es gilt, den Osten (wieder-)zuerkennen. Und zwar in seiner positiven, progressiven Funktion als zu gestaltendes Lebensumfeld neuer, anderer Lebensformen abseits des herrschenden Effizienzdenkens und kapitalistischer Selbstoptimierung. Ein solches Ansinnen ist, um ein altes Motto neu zu beleben, natürlich »der Zukunft zugewandt«, die in vieler Hinsicht auch neu erfunden werden muss, ohne die älteren Erfahrungen gänzlich zu vergessen. Die Linkspartei und besonders ihr beträchtlicher PDS-Anteil haben sich immer als essentielle Interessenvertretung des Ostens verstanden,

zum einen, weil es unmittelbar nach der Wende und danach nötig war, als es niemand anderes machte, zum anderen, um die soziokulturell gewachsenen Milieustrukturen der Ost-Sozialisation zu erhalten, ohne die der Abbruch in den Westen noch radikaler und rabiater gewesen wäre. Immerhin kam vielen Leuten ein Land abhanden, und nicht alle Zumutungen kapitalgetreuer Subjektivierung können dauerhaft von nationalem Getöse und neuen Verkaufsstellen überspielt werden.

Zweifellos war es zunächst richtig, im Zusammengehen von PDS und WASG die neue Partei an gesamtdeutschen Perspektivzielen auszurichten. Es ist aber nicht zu leugnen, dass dabei in den letzten Jahren das ostdeutsche Segment, besonders im Hinblick auf die Ansprache für jüngere Generationen, vernachlässigt worden ist.

Um hier Terrain wieder- oder neu zu gewinnen, muss sich DIE LINKE erneut stärker programmatisch auf den Osten ausrichten und an Traditionen anschließen, die ihr marxistisches Fundament mit einer Orientierung auf ostdeutsche Belange verbindet. Fatal wäre die Verabschiedung des Ostens mit dem Argument, auch andere Regionen des Landes litten an Strukturschwäche, denn damit würden die Besonderheiten der flächendeckenden und politisch erzeugten Strukturschwäche im gesamten Osten unter den Tisch fallen. Allerdings ist in der Tat eine »neue Erzählung« für den Osten aus linker Perspektive unabdingbar.

Wesentlicher Bestandteil einer progressiven Politik für Ostdeutschland und für die Transformation des gesamten Landes ist die Berücksichtigung der spezifischen mentalen Besonderheit in den ostdeutschen Ländern. Hierbei sind die Sozialisationserfahrungen angemessen zu würdigen, die trotz widriger äußerer Umstände erreichten Erfolge im Alltagsleben zur Stärkung des Selbstbewusstseins zu nutzen und der oftmals fehlenden Akzeptanz eigener Lebenserfahrungen in der gesamtdeutschen Öffentlichkeit entgegenzuwirken. Linke Ermöglichungspolitik heißt hier, Rationalität und Emotionalität auf zivilisatorischer Grundlage zusammenzuführen und ein universalistisches Menschenbild zu pflegen.

Die Autorin:

Susanna Karawanskij wurde 1980 in Leipzig geboren. Sie hat Politikwissenschaft und Kulturwissenschaften studiert. Seit 2013 sitzt sie für die LINKE im Bundestag, ist dort die Ostbeauftragte ihrer Fraktion.

EXTRA 3 ANGEMERKT wurde vom Freundeskreis Neue Zeit Geschichte Chemnitz herausgegeben.

Der Gerechtigkeit verpflichtet



Veranstaltungen über neueste und zusammenfassende Forschungsergebnisse zur Geschichte in Chemnitz und Sachsen während der Zeit der Nazi- Herrschaft.

„Als der Terror begann“ - Frühe/wilde Schutzhaft- und Konzentrationslager in Chemnitz und Umgebung 1933/34

Referent: Dietmar Wendler
Mittwoch, 20.09.17, 19:00 - 20:30
Uhr TIETZ, Kursraum 4.07



Kriegsendphasen - Verbrechen der Nazis 1945 in Chemnitz (LAP- Projekt)



Referent: Rainer Ritscher
Mittwoch, 08.11.17, 19:00 - 21:00 Uhr TIETZ, Veranstaltungssaal.

Das System der Außenlager der KZ in Sachsen - Zwangsarbeit in der

Rüstungsindustrie

Referent: Rainer Ritscher / Mittwoch, 18.10.17, 19:00 - 20:30 Uhr / TIETZ, Kursraum

Kriegsverbrechen in der Auto-Union Chemnitz und dem KZ-Außenlager in Siegmarschönau

Zum Auto-Union Konzern gehörten außerdem die



sächsischen Außenlager in Zwickau, Hohenstein-Ernstthal und Zschopau. Insgesamt waren in diesen Rüstungsbetrieben 2420 KZ-Häftlinge und tausende Fremdarbeiter sowie Kriegsgefangene tätig.

Referent: Dr. Hans Brenner

Freitag, 26.01.18, 19:00-21:00 Uhr / TIETZ,

Foto Dr. Hans Brenner hier bei seiner Auszeichnung anlässlich des 70. Jahrestag der VVN-BdA in Sachsen, durch die Landesvorsitzende Regina Elsner.